

Hinze, Jörg

Article — Published Version

Keine Entwarnung für den Arbeitsmarkt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hinze, Jörg (2004) : Keine Entwarnung für den Arbeitsmarkt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 84, Iss. 6, pp. 395-401

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42318>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Jörg Hinze

Keine Entwarnung für den Arbeitsmarkt

In ihrem Frühjahrgutachten prognostizierten die Wirtschaftsforschungsinstitute, daß sich in der zweiten Hälfte dieses Jahres bei der Zahl der Erwerbstätigen allmählich eine leichte Aufwärtstendenz herausbildet. Der Bundeswirtschaftsminister hält sogar einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen noch in diesem Jahr unter die 4-Millionen-Marke für möglich¹. Steht die Wende am Arbeitsmarkt bevor?

Selbst wenn die Konjunktur- und Beschäftigungsentwicklung so eintritt, wie sie von den sechs großen Wirtschaftsforschungsinstituten in ihrem Frühjahrgutachten prognostiziert wurde², werden die grundlegenden Probleme am deutschen Arbeitsmarkt kaum geringer. Der im vergangenen Jahr deutlich verlangsamte Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen und die sogar gesunkene Zahl bei den Arbeitslosen (vgl. Schaubild 1) sind überwiegend Folge arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen oder lediglich statistisch bedingt, die grundlegende Tendenz war aber deutlich ungünstiger. Besorgniserregend ist insbesondere der anhaltend kräftige Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten (vgl. Schaubild 2). Sicherlich ist es grundsätzlich wünschenswert, daß die Zahl der Teilzeitbeschäftigten und die der Selbständigen zunimmt – wenn dies den Interessen der Beschäftigten entspricht –, doch die gegenwärtig dort geschaffenen Arbeitsplätze können kein vollwertiger Ersatz für die verlorenen sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten sein. Eine Fortsetzung dieser Entwicklung hätte auch Konsequenzen für die Sozialversicherungssysteme, die äußerst problematisch sind.

Arbeitsmarktpolitik überzeichnet Beschäftigungsentwicklung

Die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt ist, nach einem Rückgang um mehr als einer halbe Million Personen im Jahresverlauf 2002, seit Anfang 2003 nur noch vergleichsweise wenig, um 140 000 Personen, gesunken. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist in der zweiten Jahreshälfte 2003 saisonbereinigt insgesamt gesehen sogar leicht zurückgegangen; trotz eines Wiederanstiegs in den letzten Monaten war sie im Mai um 50 000 Personen niedriger als vor einem Jahr. Die

Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen und die der Arbeitslosen sind allerdings derzeit durch die Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik, Statistikvereinigungen und Strukturveränderungen in ihrer Vergleichbarkeit und Aussagefähigkeit erheblich eingeschränkt.

Die deutliche Verlangsamung des Rückgangs der Zahl der Erwerbstätigen hatte vor allem zwei Gründe, die Einführung der sogenannten Ich-AGs im April vorigen Jahres und die Änderung der Regelungen für Mini-Jobs. Hinzu kam, wenn auch mit deutlich geringerer Bedeutung, die Errichtung sogenannter Personal-Service-Agenturen (PSA), die Arbeitslose durch Vermittlung in Zeitarbeit in den ersten Arbeitsmarkt reintegrieren sollen.

In Personal-Service-Agenturen wurden bis zu 30 000 Personen (im Dezember 2003) beschäftigt, im Mai waren es knapp 26 000 Personen; entscheidend für deren Erfolg ist hier aber letztlich die Weitervermittlung in eine feste reguläre Beschäftigung, was bislang aber nur zu einem geringen Teil gelang.

Bei den Ich-AGs wird Arbeitslosen durch Existenzgründungszuschüsse der Weg in die Selbständigkeit erleichtert. Seit Einführung der Ich-AGs haben sich insgesamt 156 000 Personen für diesen Weg aus der Arbeitslosigkeit entschieden; im Mai betrug der Bestand 134 000 Personen. Da für die Bezuschussung der Ich-AGs kein Unternehmenskonzept seitens des Antragstellers vorzulegen ist und aus den nicht allzu hohen Zuschüssen³ noch die Sozialversicherungsabgaben zu leisten sind, sind die Ich-AGs vor allem für Arbeitslose mit entsprechend niedrigen Lohnersatzleistungen und damit zumeist auch nur geringer Qualifikation interessant. Von daher erscheinen die Er-

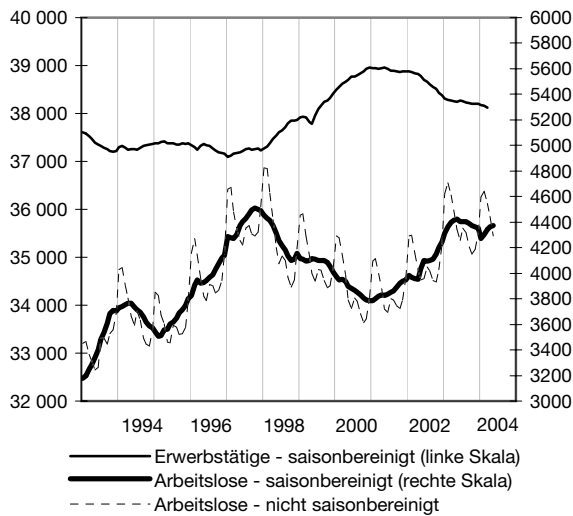
¹ Vgl. BMWA-Tagesnachrichten Nr. 17399 vom 4.3.2004.

² Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2004, Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Institute: DIW, HWWA, ifo, IfW, IWH, RWI, Berlin, April 2004, S. 61.

³ Im ersten Jahr 600 Euro, im zweiten 360 Euro und im dritten 240 Euro.

Jörg Hinze, 51, Dipl.-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Internationale Makroökonomie“ im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA).

Schaubild 1
Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland
(in 1000 Personen)



Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt.

folgsaussichten dieser Maßnahme nicht allzu groß. So wurde denn auch vielfach befürchtet, daß nach Ablauf des ersten Jahres, wenn der Zuschuß zu den Ich-AGs sinkt, viele aufgeben und wieder in die Arbeitslosigkeit zurückfallen. Tatsächlich ist die Zahl der Abgänge aus Ich-AGs in den letzten Monaten bereits deutlich gestiegen, allerdings gibt es noch keine amtlichen Angaben über deren Gründe.

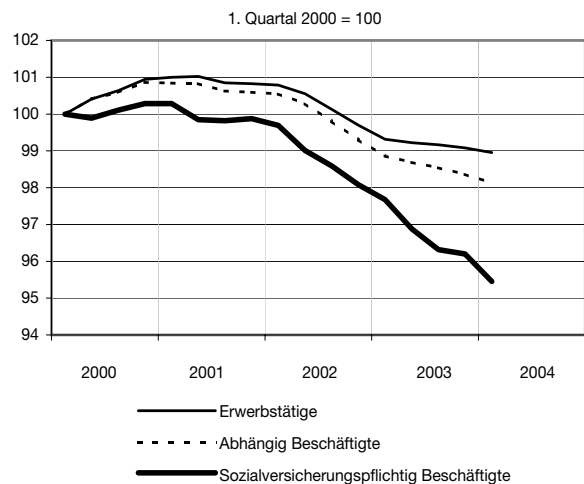
Daß die Ich-AGs kaum eine Alternative zu einer vollwertigen regulären Erwerbstätigkeit sein können, ist auch aus der Beurteilung dieses Instruments durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit zu entnehmen, das schreibt: „Anders als das Überbrückungsgeld ist der Existenzgründungszuschuß nicht auf Vollerwerb und vollzeitige Beschäftigung ausgerichtet, so daß er insbesondere für ‚Teilzeit-Selbständige‘ interessant sein kann.“⁴ Nach Einschätzung des IAB „...ist hier ebenfalls vor überzogenen Erwartungen beim Abbau der Arbeitslosigkeit zu warnen“⁵. Insgesamt war dank Ich-AGs und Personal-Service-Agenturen die Zahl der Erwerbstätigen zuletzt um rund 160 000 Personen höher und die Zahl der Arbeitslosen entsprechend niedriger.

Die Problematik der Ich-AGs liegt weniger darin, daß sie trotz geringer Erfolgsaussichten den Staat Geld kosten, denn Anspruch auf Existenzgründungszuschüsse haben nur jene, die auch Anspruch auf andere Lohnersatzleistungen hätten, sondern vielmehr in

⁴ Vgl. IAB-Kurzbericht, Nr. 2/2003 vom 3.3.2003, S. 1.

⁵ Vgl. IAB-Kurzbericht, Nr. 5/2004 vom 11.3.2004, S. 6.

Schaubild 2
Entwicklung der Beschäftigung



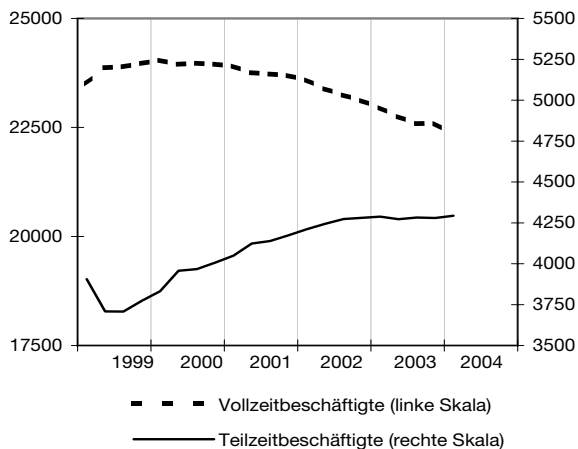
Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des HWWA.

der Möglichkeit von Mitnahmeeffekten, da die Ansprüche der Gründer von Ich-AGs auf ihre früher bezogenen Lohnersatzleistungen beim Rückfall in Arbeitslosigkeit neu „aufleben“; überdies können Ich-AGs dank der Zuschüsse reguläre Tätigkeiten verdrängen.

Ähnliches gilt für die Mini-Jobs, deren Zahl im vergangenen Jahr um reichlich 300 000 zunahm, insbesondere in jenen Fällen, in denen sozialversicherungspflichtige Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätze in solche Jobs umgewandelt werden. Die gegenläufige Tendenz bei Voll- und Teilzeitjobs, die bereits seit Einführung der 630-Mark-Jobs im April 1999 besteht (vgl. Schaubild 3), spricht zumindest teilweise für derartige Substitutionsvorgänge. Sicherlich sind durch die verbesserten Regelungen von Mini-Jobs auch zusätzliche Teilzeitarbeitsplätze entstanden, nicht zuletzt in Privathaushalten, aber auch diese kamen vielfach weniger Arbeitslosen als vielmehr Hausfrauen, Rentnern oder Studenten zugute; zudem wurde die Nebentätigkeit in Form von Zweitjobs erleichtert.

Die vorgenannten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen haben zwar den Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen spürbar gedämpft. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten ist jedoch nahezu unverändert stark gesunken (vgl. Schaubild 3); sie war zuletzt nochmals um etwa 600 000 Personen niedriger als vor einem Jahr; seit Beginn der Abwärtsentwicklung Ende 2000 ist sie um etwas mehr als 1½ Millionen gesunken, die der Erwerbstätigen insgesamt „lediglich“ um etwa die Hälfte.

Schaubild 3
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
(in 1000 Personen, saisonbereinigt)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; HWWA-Berechnungen.

„Geschönte“ Arbeitslosenstatistik

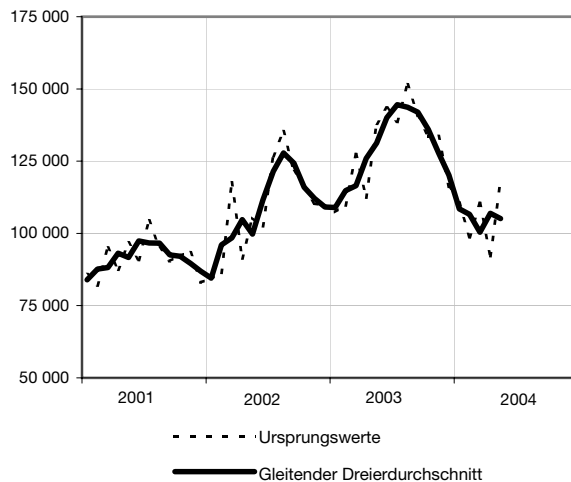
Trotz des anhaltenden Beschäftigungsrückgangs ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen insgesamt seit dem Frühjahr 2003 um rund 50 000 gesunken; sie betrug zuletzt saisonbereinigt knapp 4,4 Millionen. Die Abnahme ist zum Teil Folge der schon genannten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Sie spiegelt aber auch Bereinigungen der Statistik wider, ohne die die Zahl der registrierten Arbeitslosen weiter merklich zugenommen hätte.

So gelten seit Beginn dieses Jahres die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr als arbeitslos; dadurch wurde die Zahl der Arbeitslosen um rund 80 000 gesenkt. Grund für diese Änderung war, daß dieser Personenkreis nicht der aktuellen Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht und deshalb – wie auch andere Teilnehmer an Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik (z.B. Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung, an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen) – nicht mehr als arbeitslos gezählt werden⁶. Das ist zwar konsequent, was die statistische Gleichbehandlung von Teilnehmern an Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik betrifft. Gleichwohl handelt es sich hierbei um Personen, die erwerbsfähig, aber ohne regulären Arbeitsplatz sind. Nach Angaben der Bundesagentur befanden sich zuletzt alles in allem 1,3 Millionen Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (ohne Kurzarbeit)⁷.

⁶ Vgl. Der Arbeitsmarkt in Deutschland, Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit, Januar 2004, S. 12.

⁷ Vgl. ebenda, S. 16.

Schaubild 4
Abgang aus registrierter Arbeitslosigkeit¹



¹ Wegen Nichterneuerung der Meldung und mangelnder Verfügbarkeit bzw. Mitwirkung.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Nur ungefähr abschätzen läßt sich die Zahl jener, die sich infolge der verschärften Aktivierungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr als Arbeitslose haben registrieren lassen bzw. aus der Statistik gestrichen wurden. Ein Anhaltspunkt für die Größenordnung dieses Personenkreises ist die Zahl derjenigen, die von der Arbeitslosigkeit in die sonstige Nichterwerbstätigkeit gewechselt sind, insbesondere aufgrund von Nichterneuerung der Meldung oder wegen mangelnder Verfügbarkeit oder mangelnder Mitwirkung bei der Beschäftigungssuche bzw. – vor Umstellung der Statistik – wegen vorübergehenden Wegfalls der Zählung als Arbeitslose⁸.

Die Gesamtzahl der aus diesen Gründen aus der Arbeitslosigkeit abgegangenen Personen ist nach bereits deutlicher Zunahme im Jahr 2002 – im Zusammenhang mit dem seit dem Job-Aktiv-Gesetz verfolgten „Fördern und Fordern“ – im vergangenen Jahr nochmals kräftig gestiegen (vgl. Schaubild 4), insgesamt um reichlich 200 000 gegenüber dem Vorjahr; diese Zahl ist auch in etwa kompatibel mit dem vom IAB geschätzten Anstieg der stillen Reserve um 200 000 Personen⁹. Dabei sank vornehmlich die Zahl der Nichtleistungsempfänger; die Zahl der Leistungsempfänger ist hingegen weiter merklich gestiegen. Der in den letzten Monaten wieder schwächere Abgang aus registrierter Arbeitslosigkeit in Nichterwerbstätig-

⁸ Da die Bundesagentur für Arbeit im Beobachtungszeitraum in der Statistik in den betreffenden Datenreihen Neuabgrenzungen vorgenommen hat, sind diese nur mit entsprechender Vorsicht zu interpretieren.

⁹ Vgl. IAB-Kurzbericht, Nr. 5/2004 vom 11.3.2004, S. 8.

keit ist als Reflex der vorangegangenen Aktivierungsanstrengungen zu interpretieren; offenbar ist dieses „Bereinigungspotential“ weitgehend ausgeschöpft, so daß von dieser Seite kaum mehr Entlastung für die Arbeitslosenstatistik zu erwarten ist.

Schaffung regulärer Vollzeitarbeitsplätze vordringlich

Angesichts des nur schwachen Wachstums, das für die deutsche Wirtschaft in nächster Zeit erwartet wird, erscheint es wenig wahrscheinlich, daß sich die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt schon bald grundlegend verbessern. So dürfte denn auch der bis zuletzt anhaltende, kräftige Abbau sozialversicherungspflichtiger Vollzeitarbeitsplätze kaum gestoppt werden. Dieser ist sicherlich nicht allein konjunkturell bedingt, er spiegelt auch strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt und die hohen Arbeitskosten in Deutschland wider.

Deutschland hat im Standortwettbewerb offensichtlich Probleme; aber auch im Bereich der privaten Dienstleistungen hierzulande beeinträchtigt die große Divergenz zwischen Bruttoarbeitskosten und Nettoverdiensten die Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Tariflöhne sind in bestimmten Bereichen, speziell für Nicht- und Geringqualifizierte, zu hoch; dafür spricht neben der Ausweitung der Mini-Jobs auch der hohe Anteil der niedrig Qualifizierten an den Arbeitslosen. Die Neuregelung der Mini- und Midi-Jobs erhöht hier die Lohnendifferenzierung und ist insofern durchaus als positiv zu bewerten. Überdies belasten die hohen Sozialversicherungsabgaben die Lohnnebenkosten. Deutschland gehört zu den Ländern mit dem größten Abstand zwischen Bruttoarbeitskosten und Nettoverdiensten; je nach Branche und den dort spezifischen Lohnnebenkosten auf der einen Seite und je nach Höhe des Bruttoeinkommens und nach Familienstand des Arbeitnehmers auf der anderen Seite sind die Bruttoarbeitskosten zwei- bis drei mal so hoch wie die Nettoverdienste¹⁰. Das hat einen doppelten – negativen – Effekt: einerseits Arbeitsplatzverluste durch zu hohe Arbeitskosten, andererseits verminderte Anreize zur Arbeitsaufnahme, vor allem bei jenen Arbeitnehmern, bei denen die Differenz zwischen Nettolohn und sozialen Transferleistungen gering ist oder wo die Möglichkeit zur Schwarzarbeit besteht.

Der verschärfte internationale Wettbewerbsdruck, zuletzt durch die EU-Erweiterung, wird die Unternehmen weiterhin zwingen, auch auf Seiten der Arbeitskosten zu sparen. Die Umstrukturierung am deutschen Arbeitsmarkt hin zu „billigeren“, weil mit geringeren

Nebenkosten belasteten Teilzeitbeschäftigungen wie Mini-Jobs zu Lasten sozialversicherungspflichtiger Vollzeitarbeitsplätze dürfte daher anhalten. Wo es nicht zu marktgerechten Löhnen kommt, droht die Stilllegung oder Verlagerung von Arbeitsplätzen. Gesetzliche Regelungen über Mindestlöhne, wie sie teilweise diskutiert werden, können dies nicht ändern; das Ergebnis wäre der vollständige Verlust solcher Arbeitsplätze.

Reguläre Vollzeitarbeitsplätze lassen sich nur dann erhalten und neue schaffen, wenn sie für die Unternehmen ausreichend rentabel und international wettbewerbsfähig sind. Auf der Lohnseite ist dafür eine stärkere Differenzierung erforderlich. Die Lohnendifferenzierung könnte gegebenenfalls durch Subventionierung von Löhnen oder Sozialabgaben im Niedriglohnbereich erleichtert werden. Auf Seiten der Lohnnebenkosten müssen die gesetzlichen Sozialversicherungsabgaben reduziert werden, auch wenn hierfür angesichts der bereits bestehenden Finanzierungsschwierigkeiten und der demographisch bedingt sich noch zuspitzenden Belastungen für die Sozialversicherungen kaum Spielraum zu sein scheint. Die Alternative wäre aber der Verlust weiterer Arbeitsplätze und damit eine Verschärfung der Probleme. Das heißt, hier sind tiefgreifendere Reformen erforderlich als die bisher eingeleiteten, um die Sozialversicherungssysteme finanzierbar zu erhalten und gleichzeitig die Abgabenbelastung nicht nur nicht anwachsen zu lassen, sondern sogar zu reduzieren. Angesichts der jetzt schon als zu hoch empfundenen und die reguläre Vollzeitbeschäftigung dämpfenden Abgabenbelastung ist kaum vorstellbar, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Zukunft, wenn die demographischen Probleme brennender werden, eine weiter steigende Abgabenbelastung ohne weiteres akzeptieren.

Schwaches Potentialwachstum trübt Arbeitsmarktperspektiven

Für mehr Beschäftigung, insbesondere reguläre Vollzeitbeschäftigung, ist aber auch unter günstigeren Kostenbedingungen ein höheres Wirtschaftswachstum erforderlich. Die sogenannte Beschäftigungsschwelle – sie bezeichnet die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts, die erreicht werden muß, damit die Zahl der Beschäftigten zunimmt – ist zwar keine fixe Größe; sie schwankt im Zeitverlauf erheblich. Für die Schaffung von Vollzeitarbeitsplätzen dürfte sie aber kaum unterhalb des langfristigen Durchschnittswerts für Deutschland von 1,7% liegen¹¹. Sie ist zwar seit Mitte der neunziger Jahre auf 1% gesunken, aber nicht zuletzt wegen des verstärkten Einsatzes arbeits-

¹⁰ Vgl. Jörg H i n z e : Relation zwischen Bruttoarbeitskosten und Nettolöhnen, HWWA-Report Nr. 202, Hamburg 2000.

marktpolitischer Maßnahmen sowie der verbesserten Möglichkeiten geringfügiger Beschäftigung, insbesondere seit Einführung der sogenannten 630-Mark-Jobs im April 1999¹². Bezogen auf Erwerbstätigenstunden, d.h. auf das geleistete Arbeitsvolumen¹³, hat sich die Beschäftigungsschwelle für diese Zeit hingegen nicht verringert; hier betrug sie durchschnittlich 1,8%. Für ein Mehr an Vollzeitbeschäftigung müßte das Wirtschaftswachstum folglich in dieser Größenordnung oder darüber liegen¹⁴.

Was die Arbeitsmarktperspektiven in Deutschland betrifft, stellen sich deshalb zwei Fragen. Zum ersten: Ist das Potentialwachstum ausreichend, um dem Arbeitsmarkt nachhaltige Impulse verleihen zu können? Zum zweiten: Ist eine – lediglich durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und durch Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze – abgesenkte Beschäftigungsschwelle überhaupt langfristig wünschenswert? Beide Fragen sind negativ zu beantworten. Über die Höhe des Potentialwachstums schrieben die Wirtschaftsforschungsinstitute im diesjährigen Frühjahrsgutachten: „Die Mehrheit der Institute ist hinsichtlich der mittelfristigen Wachstumsmöglichkeiten skeptisch; von daher erwartet sie keine so starke konjunkturelle Eigendynamik, dass unter den gegebenen Rahmenbedingungen ein Aufschwung mit Raten deutlich über 1,5% über einen längeren Zeitraum hinweg erreicht wird.“¹⁵ Der von den Instituten ab der zweiten Jahreshälfte erwartete leichte Anstieg der Erwerbstätigkeit resultiert denn auch weniger aus einer Ausweitung von Vollzeitarbeitsplätzen, als vielmehr von – staatlich gestützten – Ich-AGs und von – kaum mit Abgaben belasteten – Mini-Jobs¹⁶.

Eine niedrige Beschäftigungsschwelle war lediglich durch Arbeitsfördermaßnahmen sowie durch Ausweitung von Mini-Jobs und anderen Formen von Teilzeitbeschäftigung zu erreichen. Das sind aber von der Lohnhöhe her gesehen vornehmlich gering entlohnte

Beschäftigungen mit entsprechend niedrigen Abgaben in Form von Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Es ist seit Jahren – zuletzt unterstützt durch die Hartzschen Arbeitsmarktreformen – sogar ein Trend weg von Vollzeitbeschäftigungen hin zu Teilzeitjobs zu beobachten. Damit würde aber – setzte sich dieser Trend fort – die Finanzierung der Staatsfinanzen, insbesondere der Sozialversicherungssysteme, weiter unterhöhlt.

Kurzfristige und einfache Patentrezepte zur Lösung der Wachstums- und Arbeitsmarktprobleme gibt es nicht. Vielmehr muß auf verschiedenen Ebenen angesetzt werden, sei es im Bereich der Wachstumspolitik, bei den Arbeitsmarktbedingungen oder auch bei der Qualifizierung der Arbeitskräfte. Eine wichtige Voraussetzung für mehr Beschäftigung, insbesondere Vollzeitarbeitsplätze, ist ein über einen längeren Zeitraum hinweg kräftiges Wirtschaftswachstum. Dafür ist es erforderlich, die Angebotsbedingungen hierzulande so zu verbessern, daß die Wachstumskräfte gestärkt werden, damit es mittel- bis langfristig wieder zu einer Anhebung des Potentialpfades kommt. Das bedeutet vor allem, daß die Attraktivität für Investitionen in Deutschland erhöht werden muß, sei es durch ein im internationalen Vergleich wettbewerbsfähigeres Steuersystem, durch Bürokratieabbau, aber auch durch Investitionen in Bildung und Forschung oder die Infrastruktur.

Für eine Verbesserung der Bedingungen am Arbeitsmarkt ist einmal eine größere Differenzierung der Löhne erforderlich, sei es nach Qualifikationen, aber auch nach Regionen, wie die Angst vor Produktionsverlagerungen nach der jüngsten EU-Erweiterung in den an die Beitrittsländer angrenzenden Regionen in Deutschland zeigt. Hier könnten tarifliche Öffnungsklauseln bzw. betriebliche Vereinbarungen die Anpassung erleichtern. Angesichts der bereits als zu hoch empfundenen Abgabenbelastung ist darüber hinaus eine Dämpfung des Anstiegs bzw. eine Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten notwendig; das würde einerseits die Bruttoarbeitskosten entlasten und andererseits das Ausweichen in die Schattenwirtschaft mindern. Schließlich sind die durch das Arbeitsrecht (z.B. Kündigungsschutz) und andere Vorschriften sich ergebenden institutionellen Beschäftigungshemmnisse zu verringern. Damit einher gehen müßte eine weitere Anpassung des Sozialsystems, die die Anreize für erwerbsfähige Nichterwerbstätige für eine Arbeitsaufnahme erhöht. Um die Arbeitsplätze im Hochlohnbereich zu erhalten und neue zu schaffen ist letztlich auch eine bessere Qualifizierung der Arbeitskräfte erforderlich.

¹¹ Vgl. Jörg Hinze: Arbeitslosigkeit nähert sich Rekordhöhe, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 83. Jg. (2003), H. 5, S. 336 f.

¹² Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse; in Kraft getreten im April 1999.

¹³ Die auf der Basis des Arbeitsvolumens in Stunden berechnete Beschäftigungsschwelle ist wegen der durchschnittlichen Arbeitszeitreduzierung höher als die auf Basis der Erwerbstätigenzahlen ermittelte; für das Arbeitsvolumen liegen allerdings erst ab 1991 Daten vor.

¹⁴ In der Phase, in der in hohem Maße auch Nicht- oder Geringqualifizierte wieder in den Arbeitsmarkt integriert würden, könnte wegen deren gesamtwirtschaftlich gesehen unterdurchschnittlichen Produktivität die Beschäftigungsschwelle etwas niedriger sein.

¹⁵ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2004, Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Institute: DIW, HWWA, ifo, IfW, IWH, RWI; Berlin, April 2004, S. 41.

¹⁶ Ebenda, S. 61.